

Forum Arbeit



ZUR SACHE Finanzierung öffentlich geförderter Beschäftigung
MAGAZIN Nachrichten aus dem Verband **TITEL**
 Gestaltungsoptionen **BAG ARBEIT TRIFFT** Max Beckmann
VOR ORT Goldnetz und PIA **VERANSTALTUNGSTIPPS**
 Seminare auf einen Blick **NACHGEFRAGT** bei Bernd Dondrup

bildung, arbeit, gesundheit und soziales – bag cert gmbh

Zertifizieren mit Augenmaß

Wir suchen

Freiberufliche Auditor*innen aus der Bildungs- und Beschäftigungsbranche

mit Erfahrungen im Qualitätsmanagement nach
DIN EN ISO 9001:2015 und AZAV

bag cert gmbh zertifiziert bundesweit Qualitätsmanagementsysteme
nach DIN EN ISO 9001:2015 mit einem besonderen Schwerpunkt in
den Branchen Bildung, Arbeit, Gesundheit und Soziales.

Mehr Informationen finden Sie hier: www.bag-cert.de

Sie haben Interesse?

Dann freuen wir uns über eine kurze, formlose Bewerbung an:

Heike Wedig (Geschäftsführung bag cert gmbh)
e-mail: info@bag-cert.de

bag cert gmbh
Universitätsallee 5
28359 Bremen
www.bag-cert.de

bag[✓]**cert**





Zur Sache

Finanzierung öffentlich geförderter
Beschäftigung 2
Irena Kotyrba

Magazin

Entwicklung der Eingliederungsmittel
im SGB II 3

Buch- und Filmtipp 3

Die selbstgewählte Abhängigkeit
der Länder 4
Prof. Dr. Thomas Lenk und Philipp Glinka

Wie der Bund Geld aufteilt 5

Gestaltungsoptionen

Die Ökonomisierung des Sozialen 6
Prof. Dr. Norbert Wohlfahrt

Langzeitarbeitslosigkeit - was bringt
der dritte Arbeitsmarkt? 12
Holger Schäfer

bag arbeit trifft

Max Beckmann 16

Vor Ort

Goldnetz 21

PIA 25

Veranstaltungstipps 30

Nachgefragt 32

Bernd Dondrup

Finanzierung von öffentlich geförderter Beschäftigung



Unsere Autorin Irena Kotyrba

ist Vorständin der bag arbeit und Geschäftsführerin der infau lern/statt GmbH.

Aktuell ist die Diskussion über die „Teilhabe am Arbeitsmarkt für alle“, die im Koalitionsvertrag steht, in vollem Gange.

Bevor nun aber wieder ein neues Programm bzw. Instrument von Seiten des BMAS und der BA gestartet wird, muss die seit Jahren bestehende gravierende Unterfinanzierung der Personal- und Verwaltungskosten der Jobcenter durch zusätzliche Mittel überwunden werden!

Öffentlich geförderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist eine arbeitsmarkt-politische Maßnahme insbesondere für Langzeitarbeitslose ohne realistische Aussicht auf direkte Integration in den ersten Arbeitsmarkt. Das neue Instrument soll Beschäftigung in privaten, kommunalen oder in Beschäftigungs- und Qualifizierungsunternehmen möglich machen. Die Erfahrung der letzten Jahre, ja Jahrzehnte zeigt aber, dass „marktferne Personen“, die seit Jahren ohne Beschäftigung sind, in den seltensten Fällen direkt in Wirtschaftsunternehmen bzw. im Markt arbeiten können. Trotz der Tatsache, dass viele Unternehmen händeringend Mitarbeitende suchen, sind

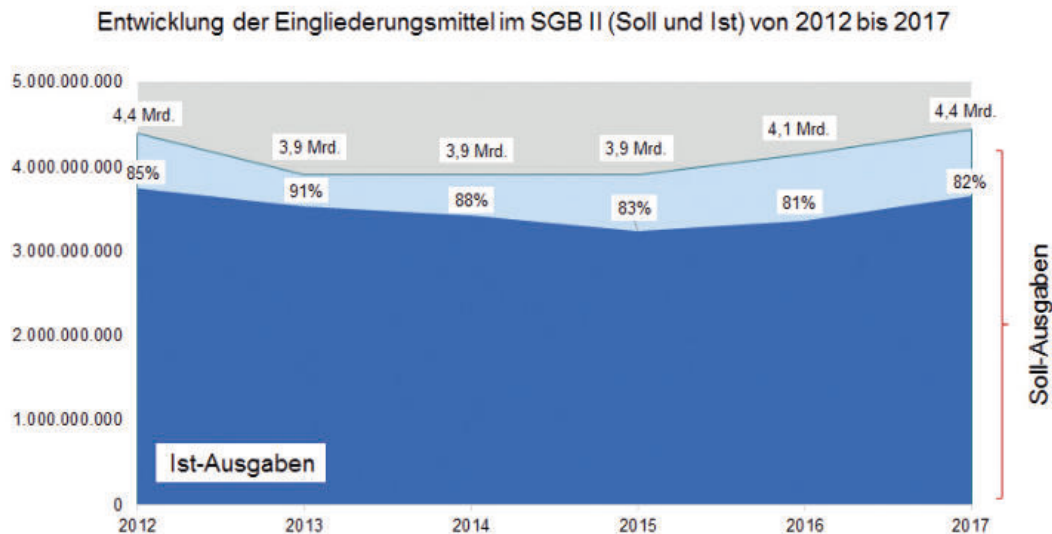
sie nicht zuletzt wegen der Heterogenität der Problemlagen der Langzeitarbeitslosen überfordert.

Hier waren und sind Beschäftigungs- und Qualifizierungsunternehmen für Langzeitarbeitslose die erste Wahl, um den Wiedereinstieg in das Arbeitsleben realisieren zu können. Diese Unternehmen sind in der Lage Unterstützungsbedarfe im fachlichen, persönlichen und betrieblichen Bereich zu erfüllen. Öffentlich geförderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung erzielt starke Effekte der sozialen Teilhabe bei betroffenen Menschen.

Wenn dies gewollt ist, muss Arbeitsmarktpolitik aber dafür sorgen, dass Beschäftigungs- und Qualifizierungsunternehmen eine auskömmliche Förderung erhalten. Sie erfüllen einen wichtigen gesellschaftlichen Auftrag.

Entwicklung der Eingliederungsmittel im SGB II

Im Jahr 2017 wurden den Jobcentern im Bundeshaushalt 4,4 Milliarden Euro für Leistungen zur Eingliederung in Arbeit zugeteilt – ausgegeben wurden aber nur knapp 3,66 Milliarden Euro. Die Jobcenter haben ihr Budget für arbeitsmarktpolitische Förderung somit nur zu 82 Prozent ausgeschöpft.



Quelle der Grafik sind die Eingliederungsbilanzen der Bundesagentur für Arbeit, Eine Antwort der Bundesregierung auf eine schriftliche Anfrage im Bundestag (06.04.18) und Berechnungen des Bremer Instituts für Arbeit und Jugendberufshilfe (BIAJ).

Buchtipp

Robert Pfaller
Erwachsenensprache:
Über ihr Verschwinden
aus Politik und Kultur



Überall im öffentlichen Diskurs wird heute auf Befindlichkeiten Rücksicht genommen: Vor Gefahren wie »expliziter Sprache« wird gewarnt, Schreibweisen mit Binnen-I empfohlen, dritte Klotüren installiert. Je ausbeuterischer der Neoliberalismus ist, desto „zartfühlender“ wird die Sprache seiner Repräsentanten, konstatiert Robert Pfaller in „Erwachsenensprache: Über ihr Verschwinden aus Politik und Kultur“.

Filmtipp

BlacKkKlansman

USA



Im auf einer wahren Geschichte basierenden Kriminaldramama BlacKkKlansman infiltriert ein afroamerikanischer Cop 1978 erfolgreich den Ku Klux Klan. Er wird Mitglied der Gemeinschaft und bewirbt sich um die Leitung der lokalen Niederlassung in Colorado Springs. Die Verschleierung seiner Hautfarbe war möglich, weil er sich bei Treffen mit anderen Mitgliedern des Klans durch weiße Polizeikollegen vertreten ließ.

Die selbstgewählte Abhängigkeit der Länder

Prof. Dr. Thomas Lenk und Philipp Glinka

Am 2. Juni 2017 setzte der Bundesrat den Schlusspunkt einer jahrelangen und komplexen Reformdebatte um die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen. Nachdem der Bundestag bereits einen Tag zuvor zugestimmt hatte, erhielt das weitreichende Reformpaket (13 Grundgesetz- sowie 23 einzelgesetzliche Änderungen) auch in der Länderkammer die erforderliche Mehrheit.

Die Reform, die in weiten Teilen ab dem Jahr 2020 gelten wird, bedeutet nicht weniger als einen Paradigmenwechsel mit unbekannter Langzeitwirkung. Denn der Länderfinanzausgleich, seit 1955 das systemische (und bewährte) Rückgrat des bundesstaatlichen Finanzausgleichs, wird vollständig abgeschafft und durch einen Ausgleich im Rahmen der Umsatzsteuerverteilung ersetzt. Hierbei erhalten finanzkraftschwache Länder zu ihrem einwohnerbezogenen Umsatzsteueranteil einen Zuschlag und finanzkraftstarke Länder einen Abschlag. Zu- und Abschläge sorgen somit für eine Reduzierung der Finanzkraftunterschiede.



Unser Autor Prof. Dr. Thomas Lenk

ist Direktor des Instituts für Öffentliche Finanzen und Public Management an der Universität Leipzig und Mitglied im Unabhängigen Beirat des Stabilitätsrats.

Der wesentliche Unterschied zum Status quo ist, dass finanzkraftstarke Länder künftig nicht mehr mit bereits zugeordneten „eigenen Mitteln“ für finanzkraftschwache Länder einstehen, sondern der Finanzausgleich selbst Bestandteil der Steuerzuordnung ist. Dies hat einen entscheidenden Effekt: Denn weniger Mittel von vorn herein zugeordnet zu bekommen trifft auf geringere Widerstände als einmal vereinnahmte Mittel, die „zum Eigenen“ gezählt werden, wieder abführen zu müssen – selbst dann, wenn das Ergebnis letztlich dasselbe wäre.

Dieses unter dem Begriff „Endowment-Effekt“ bekannte psychologische Phänomen ist im Kontext von Finanzausgleichsdebatten nicht unbedeutend, denn der Länderfinanzausgleich, in dem sich Zahler- und Empfängerländer unmittelbar gegenüberstehen, ist seit jeher konfliktbeladen und war immer wieder Gegenstand von Normenkontrollanträgen beim Bundesverfassungsgericht. Künftig wird es formal keine Zahlerländer mehr geben, sondern nur noch 16 Empfänger von mehr oder weniger Umsatzsteuermitteln. Doch die horizontale Solidarität unter den Ländern wird nicht nur formal aufgegeben, sondern auch finanziell deutlich geschwächt. Denn der Ausgleichsgrad, der künftig über den neuen Umsatzsteuerausgleich hergestellt wird, reduziert sich im Vergleich zum bestehenden System in erheblichem Maße.

Stattdessen werden vertikale Bundesergänzungszuweisungen für den Finanzkraftausgleich zwischen den Ländern bedeutsamer. Im Ergebnis werden zwar alle Länder finanziell besser gestellt als im Status quo. Föderalpolitisch bedeutet die Reform jedoch eine Schwächung der Länderebene. Denn der Preis, den die Länder für ihre Mehreinnahmen zahlen, ist eine auf Dauer angelegte höhere finanzielle Abhängigkeit vom Bund, die dieser auch in anderen Bereichen mit föderaler Zusammenarbeit gegenüber den Ländern nutzen dürfte. Diese neue Abhängigkeit wäre vermeidbar gewesen, denn das Verteilungsergebnis hätte auch durch leichte Modifikation einiger Parameter des bestehenden Systems erreicht werden können. Die Möglichkeit einer Nachbesserung haben die Länder (nicht der Bund!) jedoch nahezu geschlossen abgelehnt.



Unser Autor Philipp Glinka

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Finanzwissenschaft an der Universität Leipzig. Sein Forschungsschwerpunkt sind die Föderalen Finanzbeziehungen.

fiwi@wifa.uni-leipzig.de

Wie der Bund Geld aufteilt



Die Ökonomisierung des Sozialen

Bedeutung und Folgen für Sozialunternehmen

Prof. Dr. Norbert Wohlfahrt

Über die Ökonomisierung des Sozialen ist in den vergangenen Jahren viel diskutiert worden, aber es ist nicht immer klar, was damit eigentlich gemeint ist. Mit dem Begriff der Ökonomisierung werden i.d.R. zwei Tatbestände bezeichnet, die eng miteinander verknüpft sind:

- Erstens soll durch die Einführung eines organisierten Wettbewerbs das Entstehen sozialwirtschaftlicher Träger und Einrichtungen gefördert werden, die unter konstruierten Marktbedingungen einem dauerhaften Qualitäts- und Effizienzvergleich ausgesetzt sind.
- Zweitens sollen Leistungs- und Kostenvergleiche eine Markttransparenz herstellen und auf diese Weise das öffentlich finanzierte bzw. den Klienten zugängliche Angebot zu steuern (Benchmarking und Outcomesteuerung).



Durch diese Maßnahmen entsteht eine Sozialwirtschaft, die ihre Leistungsprozesse nach unternehmerischen Prinzipien organisiert. Die Sozialorganisationen werden durch die Ablösung des Selbstkostendeckungsprinzips durch prospektive Entgelte dazu gezwungen, das „unternehmerische Risiko“ zu tragen und damit wird ein Prozess ausgelöst, der immer stärker betriebswirtschaftliche und sozialunternehmerische Aspekte der Leistungserbringung in den Vordergrund rückt. Der für die Leistungserbringer entstehende Rationalisierungsdruck äußert sich u.a. darin, dass durch Tariffreiform, neue Personalführungskonzepte und eine durchgreifende Flexibilisierung der Beschäftigungsbedingungen Personalkosten gesenkt, leistungsorientierte Bezahlungssysteme eingeführt und eine Ausweitung flexibler Beschäftigung erfolgen soll. Durch Fusionen, Ausgliederung und eine stärkere Differenzierung der Geschäftsfelder wollen die Sozialunternehmen im „organisierten Wettbewerb“ ihre Rentabilität verbessern. Sie orientieren sich in ihrer Leistungserbringung zunehmend an einem Maßstab, der einer sachzielorientierten Leistungserbringung eigentlich fremd ist: die Erzielung von Überschüssen, die als Gewinn verbucht werden können.

Folgen eines sozialpolitisch bestimmten Sozialmarkts

Der Markt, auf dem die Sozialunternehmen handeln, ist allerdings in weiten Bereichen durch das Fehlen einer zahlungsfähigen Nachfrage gekennzeichnet, die durch sozialstaatliche Leistungen von staatlichen Kostenträgern „ausgeglichen“ werden muss. Die Sozialunternehmen bewegen sich damit in einem widersprüchlichen System: während sie auf der einen Seite wie ein normales kapitalistisches Unternehmen auf einem wachsenden Markt konkurrenzfähige Produkte an Abnehmer adressieren sollen, sind sie auf der anderen Seite auf die durch Knappheit an Finanzmitteln gekennzeichneten Kalkulationen öffentlicher Kostenträger verwiesen. Dieser Widerspruch entfaltet eine innere Dynamik, die das Handeln der Sozialunternehmen prägt: sie können nicht, wie in großen Teilen der Wirtschaft üblich, durch lohn- und tarifpolitische Maßnahmen ihre Kosten fortwährend senken, weil das Personal eine wesentliche Ressource der Qualität ihres Produkts darstellt.

Kommentar

Dr. Gesine Löttsch

ist Mitglied des Deutschen Bundestages und stellvertretende Vorsitzende der Fraktion Die LINKE.



Wir erleben bei der Pflege, was Ökonomisierung des Sozialen bedeutet. Es gibt immer weniger Personal für immer mehr pflegebedürftige Menschen. Ähnliche Entwicklungen gibt es in Kindergärten, Schulen und Krankenhäusern. Die Würde des Menschen ist antastbar. Wir müssen endlich mit den neoliberalen Gedanken brechen, die in unserem Land, in Europa und der Welt so viel Schaden angerichtet haben. Eine Gesellschaft, die wie ein Konzern durchökonomisiert wird, kann sich nicht humanistisch nennen. Ich stelle jeden Tag fest, dass die Bundesregierung mit unterschiedlicher Elle misst. Wenn es um die Erhöhung des Kindergeldes geht, gibt es immer wieder Politiker aus dem neoliberalen Lager, die Zweifel haben, ob die zwei Euro mehr wirklich dem Kind zugutekommen. Diese Zweifel kommen bei diesen Politikern nicht auf, wenn es um höhere Rüstungsausgaben geht. Ich kenne es aus eigener Erfahrung, dass es eine Ökonomisierung des Militärischen nicht gibt. Das Verteidigungsministerium soll dieses Jahr 1,5 Mrd. Euro mehr bekommen, obwohl nachgewiesen ist, dass es das Ministerium ist, das am meisten Steuergelder verschwendet. Wir geben mehr Geld für die Bundeswehr aus und gleichzeitig nimmt unsere Sicherheit ab. Die Bundeswehr ist eigentlich nur eine durchleitende Einrichtung. Die Steuergelder landen bei Rheinmetall und anderen Rüstungskonzernen. Bevor wir also über eine Ökonomisierung des Sozialen reden, sollten wir die Unternehmen unter die Lupe nehmen, die mit unserem Geld ihre Rendite sichern. Humanismus kostet Geld. In unserem reichen Land gibt es genug Geld, wir müssen es nur gerecht verteilen.

Gestaltungsoptionen



Sie können nicht ihre Produktion beliebig ausdehnen und damit Effizienzpotenziale schöpfen, weil sie einem sozialpolitisch definierten Versorgungsauftrag nachkommen müssen, der zudem räumlich definiert ist. Und sie sind bei ihrer „Wertschöpfung“ grundsätzlich auf sozialrechtliche Normen verwiesen, die sich sozialpolitischen und nicht ökonomischen Kalkulationen verdanken. Betrachtet man die aktuelle Situation, so deutet vieles darauf hin, dass sich die Widersprüche zwischen der sozialstaatlichen Regulierung der Sozialwirtschaft und ihrer sozialunternehmerischen Entfaltung eher verschärfen als verringern. Die Kostenträger dringen auf eine optimierte Wirkungssteuerung, Ausschreibungsverfahren verstärken den Kostendruck auf viele Bereiche der

Sozialwirtschaft und sozialpolitische Vorhaben wie die Inklusion erfordern neue sozialunternehmerische Konzepte und damit auch einen steigenden Kapitalbedarf. In bestimmte Geschäftsbereiche des Sozialmarkts (Pflege, Gesundheit) drängen zunehmend finanzstarke Kapitalanleger, die mit ihrem Investment auf Gewinne spekulieren, die aus der Steigerung des Verkaufswerts eines Sozialunternehmens resultieren.

In dem Maße, in dem die Erfüllung sozial- und gesundheitspolitischer Aufgaben lediglich dem Zweck der Geldvermehrung dient, wird damit der „Kunde“ mit seiner aus privaten Einkommen gestifteten Zahlungsfähigkeit zum umworbenen Subjekt der Sozialbranche.

Unser Autor Prof. Dr. Norbert Wohlfahrt

ist seit 1993 Professor für Sozialmanagement an der Evangelischen Hochschule Rheinland-Westfalen-Lippe in Bochum.



Mehr Regulierung oder Deregulierung?

Das Zusammenspiel zwischen sozialstaatlichen Kassen, die fortwährend mit dem Problem der „Knappheit“ konfrontiert sind und dem Geldbedarf von Sozialunternehmen, die diesen Finanzdruck durch Rationalisierung und Flexibilisierung auszugleichen versuchen, könnte dazu führen, dass sich die Produktionsbedingungen im Be-

reich sozialer Dienste weiter verschlechtern. Zugleich verstärkt dies die Suche nach alternativen Geldquellen. Dies würde – und hier ist die Gesundheitswirtschaft ein warnendes Beispiel – dazu führen, dass die Selektivität des Zugangs zu Leistungen weiter steigt und der Versorgungsauftrag zunehmend daran gemessen wird, welche Einnahmen sich mit ihm erzielen lassen.

Kommentar

Esther Dilcher

Rechtsanwältin und Notarin, ist Mitglied des Deutschen Bundestages für die SPD.



Herr Wohlfahrt beschreibt in seinem Artikel die Bedeutung und die Folgen der Ökonomisierung des Sozialen für Sozialunternehmen. Er sieht diese Entwicklung – und ich kann ihm nur zustimmen – äußerst kritisch. Sein Artikel ist jedoch sehr theoretisch gehalten, ich will daher im Folgenden versuchen, ihn ein wenig auf die Praxis herunter zu brechen.

Sozialunternehmen kennen wir alle: Altenheime oder Wohnanlagen gehören ebenso dazu wie Pflegedienste und Kindergärten. Und wir alle wissen: Dort wird unmittelbar für Menschen gearbeitet. Dort werden ältere Menschen gepflegt, unterstützt, mit medizinischen Leistungen versorgt oder Kinder beim Heranwachsen begleitet. Diese Arbeit und das für sie notwendige Material und die für sie notwendigen Räumlichkeiten müssen bezahlt werden. Nicht immer aber reicht dafür das Einkommen der Eltern (beim Kindergartenplatz) oder das eigene Einkommen / die eigene Rente aus, um für alle Kosten aufkommen zu können. Da Leistungen wie Pflege, Betreuung und Erziehung aber unzweifelhaft im Interesse der Allgemeinheit liegen, unterstützt auch der Staat die Leistungserbringer finanziell oder kommt im Rahmen der Pflegeversicherung für Leistungen auf.

Dies tut er zum Teil mit Steuergeldern. Und selbstverständlich ist es wiederum im Interesse aller, dass der Staat von den Leistungserbringern, den Sozialunternehmen, eine sparsame Haushaltsführung erwartet. Das darf aber nicht bedeuten, dass Rationalisierung auf Kosten der

unmittelbar Betroffenen vorgenommen wird. Weder dürfen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über Gebühr belastet werden, noch darf die Qualität der Pflege, Betreuung und Erziehung unter einem permanenten Rationalisierungsdruck leiden. Wir müssen uns immer vor Augen halten: Immer, wenn

ich mit Menschen zu tun habe, wenn menschliche Bedürfnisse befriedigt werden müssen, dann gibt es Unwägbarkeiten, gibt es Überraschungen, auf die sehr spontan reagiert werden muss. Beispielsweise machen Kinder eine schwere Phase durch, weil sich ihre Eltern getrennt haben, und brauchen eine Extra-Portion Aufmerksamkeit. Oder ein älterer Herr, der sich gestern noch wunderbar selbst ankleiden konnte, ist damit plötzlich überfordert und braucht ad hoc mehr Zeit durch den Pflegedienst. Und eine ältere Dame, die sich gestern noch – trotz beginnender Demenz – gut orientieren konnte, irrt eines Morgens hilflos durch die Anlage für betreutes Wohnen und muss erst einmal beruhigt werden. Es ist offensichtlich: Hier stößt jede Bemühung um Rationalisierung unweigerlich sofort an ihre Grenze. Hier muss der Mensch im Mittelpunkt stehen und nicht Profite. Ich unterstütze daher die Forderungen von Herrn Wohlfahrt nach Einführung eines Flächentarifs „Soziales“ ebenso wie die stärkere Regulierung der Arbeitsbeziehungen. Ansonsten verschärfen wir die „Zwei-Klassen-Versorgung“ auch im Bereich der sozialen Dienste. Und gute, bedarfsgerechte und würdige Pflege, Betreuung und Unterstützung darf keine Frage des Geldbeutels sein und auch nicht werden.



BILDEN.
BESCHÄFTIGEN.
QUALIFIZIEREN.
VERMITTELN.

COMP.ASS 21 – DIE ORGANISATIONSLÖSUNG FÜR OPTIMALE GESCHÄFTSPROZESSE

- ✓ TEILNEHMERDOKUMENTATION
- ✓ KURS- UND SEMINARVERWALTUNG
- ✓ PROJEKTMANAGEMENT
- ✓ ORGANISATIONSMANAGEMENT
- ✓ ARBEITGEBER- UND STELLENMANAGEMENT
- ✓ CASEMANAGEMENT
- ✓ FLÜCHTLINGSMANAGEMENT
- ✓ EM@W - AUCH FÜR AGH
- ✓ ARBEITSORGANISATION (TERMINE, AUFGABEN, SCHRIFTVERKEHR, E-MAIL- FAX-INTEGRATION,...)
- ✓ DOKUMENTENMANAGEMENT
- ✓ ZUSAMMENARBEIT IM TEAM
- ✓ BERICHTSWESEN
- ✓ ANWESENHEITSERFASSUNG, AUSZAHLUNG UND ABRECHNUNG
- ✓ DATENSCHUTZ UND -SICHERHEIT
- ✓ STATISTIK UND CONTROLLING
- ✓ DIVERSE SCHNITTSTELLEN (FIBU, LOBU, ZEITERFASSUNG ETC.)

SO VIEL MEHR ALS NUR SOFTWARE:

Mit comp.ASS 21 und der Beratung unserer erfahrenen Projektleiter gelingt es vielmehr, die Geschäftsprozesse in Ihrer Organisation ganzheitlich und zugleich DSGVO-konform zu optimieren.

Erfahren Sie mehr über eine Organisationslösung, die nicht nur zukunftsorientierte Berufsbildungswerke optimal unterstützt, auf unserer neuen Webseite:

www.prosozial.de/bildung

Ihr Ansprechpartner:

Christoph Spitzley

0261 201615-127

Fax: 0261 201615-501

christoph.spitzley@prosozial.de

Informieren Sie sich gerne
über comp.ASS 21 auf:



Eine stärkere Regulierung der Arbeitsbeziehungen im Sozialsektor könnte dem entgegen wirken. Ein Flächentarif Soziales wird immer wieder in die Diskussion gebracht, scheitert aber bislang an den Eigeninteressen von Teilen der Sozialwirtschaft. Ein handlungsfähiger Arbeitgeberverband fehlt im Sozialsektor ebenso wie in weiten Bereichen sozialer Dienste der gewerkschaftliche Organisationsgrad der Beschäftigten erschreckend niedrig ist.

Insbesondere die kirchlichen Arbeitgeber beharren auf dem kirchlichen Arbeitsrecht und der daraus abgeleiteten Verweigerung des Streikrechts für die Beschäftigten. Soziale Dienstleistungspolitik ist in Deutschland in vielerlei Hinsicht noch als Fürsorgepolitik zu begreifen, die mehr mit paternalistischem Wohlwollen als ernsthafter Auseinandersetzung mit den Folgewirkungen eines im Wettbewerb stehenden Sozialmarkts zu tun hat.

Auf diesen aber sollten sich die Sozialunternehmen einstellen und damit ein Interesse an einer stärkeren Regulierung der Arbeitsbeziehungen gewinnen. Dies würde bestimmten Intentionen der Ökonomisierung zwar entgegen wirken, dafür aber den eigentlichen Auftrag der Sozialwirtschaft, die an Sachzielen orientierte bedarfsgerechte Versorgung, stärken.



Kommentar

Ulla Ihnen

**Juristin, ehemalige
Staatssekretärin und
Bundestagsabgeordnete
der FDP.**

Vielen Lesern geht es sicher so, dass sie bei der Überschrift „Ökonomisierung des Sozialen“ zunächst einen negativen Beigeschmack empfinden. Im sozialen Bereich waren ökonomische Zwänge schließlich über viele Jahre hinweg vor allem mit Einspardiskussionen verbunden.

Ich sehe allerdings im Einfluss der Marktwirtschaft weniger Gefahren, sondern – im Gegenteil – vielmehr große Chancen.

Als Freie Demokratin bin ich der Auffassung, dass Wettbewerb und Markttransparenz im sozialen Bereich ebenso zu begrüßen sind wie in der gesamten Wirtschaft. Schließlich sichert ein fairer Wettbewerb den Verbrauchern günstige Dienstleistungen, günstige Produkte und schnelle Innovationen. Gleichzeitig sorgt das Verantwortungsprinzip für sozialen Ausgleich und Chancengerechtigkeit.

Das im Artikel angesprochene Prinzip der Selbstkostendeckung führt leicht und mit Sicherheit auf Dauer zu Verkrustungen. Neuen Ideen, gerade in den Bereichen Effizienz und Versorgungssicherheit, wird wahrscheinlich viel weniger Raum gegeben, sich zu entfalten.

Einsparungen sind selbstverständlich kein Selbstzweck, sondern können eben auch einen wirklich nachhaltigen und funktionierenden Sozialstaat sichern. Gerade in Zeiten des demographischen Wandels sind neue Ideen gefragt, wie wir mit knappen Ressourcen eine gute und nachhaltige Versorgung der Menschen mit allem Nötigen sicherstellen können. Dies wird allerdings nur in Kooperation mit allen wirtschaftlichen und staatlichen Akteuren im Sozialbereich möglich sein.

Natürlich gilt es, die Besonderheiten des sozialen Bereiches zu beachten. In der Tat gibt es nur wenig wirklich zahlungsfähige Nachfrage. Sozialleistungen können nie rein privatwirtschaftlich erbracht werden, sondern sie müssen von staatlichen Kostenträgern bezuschusst und „ausgeglichen“ werden. Dennoch sollte es der Ansatz aller Beteiligten sein, mit den vorhandenen Mitteln Teilhabe für eine möglichst große Zahl von Menschen zu ermöglichen.

Insofern finde ich vielversprechende Entwicklungen wie beispielsweise von Social Entrepreneurs in Deutschland ausgesprochen interessant. Bei diesen Unternehmen lautet die Maxime, dass der gesellschaftliche Nutzen eines Unternehmens im sozialen Bereich mindestens genauso wichtig ist wie der unternehmerische Gewinn. Hier wird die Ökonomie sozial gestaltet. Auch solche Entwicklungen gibt es also, hervorgebracht von einer sozialen Marktwirtschaft.

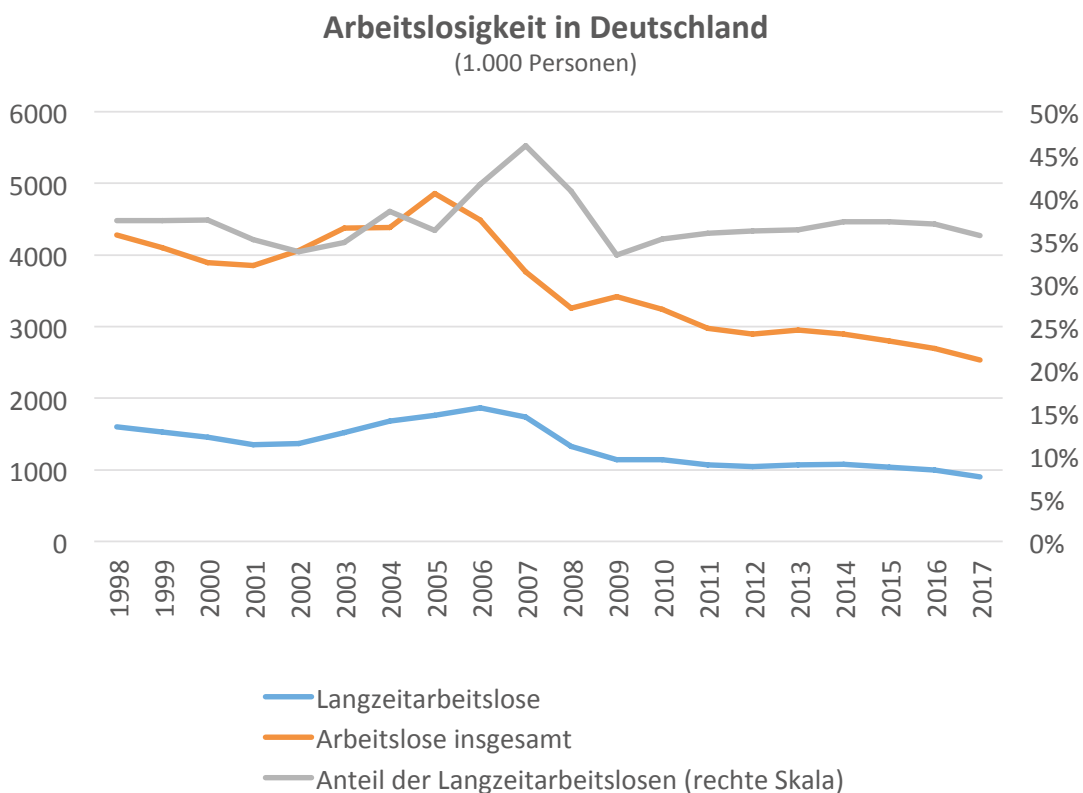
Ich bin deshalb davon überzeugt, dass wir die Möglichkeiten des Wettbewerbs nutzen müssen, um effiziente und qualitativ gute Lösungen zu entwickeln, die mit den sozialpolitischen Zielen vereinbar sind. Hierfür ist es unabdingbar, dass alle Beteiligten miteinander im Gespräch bleiben.

Langzeitarbeitslosigkeit - was bringt der dritte Arbeitsmarkt?

Holger Schäfer

Im April 2018 waren in Deutschland 840.000 Langzeitarbeitslose registriert, davon rund 90 Prozent im Rechtskreis SGB II. In der zeitlichen Entwicklung kann durchaus ein Rückgang der Langzeitarbeitslosigkeit festgestellt werden (Abbildung 1). Im Wesentlichen folgte die Entwicklung der Arbeitslosigkeit insgesamt. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen

bewegte sich in der langen Frist daher kaum. Das heißt im Umkehrschluss aber auch, dass der Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit proportional zu ihrem Anteil erfolgte. Die These, dass sich nur bei den Kurzarbeitslosen eine positive Entwicklung feststellen lasse, während der Arbeitsmarktaufschwung an den Langzeitarbeitslosen vorbei gehe, lässt sich empirisch nicht stützen.



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

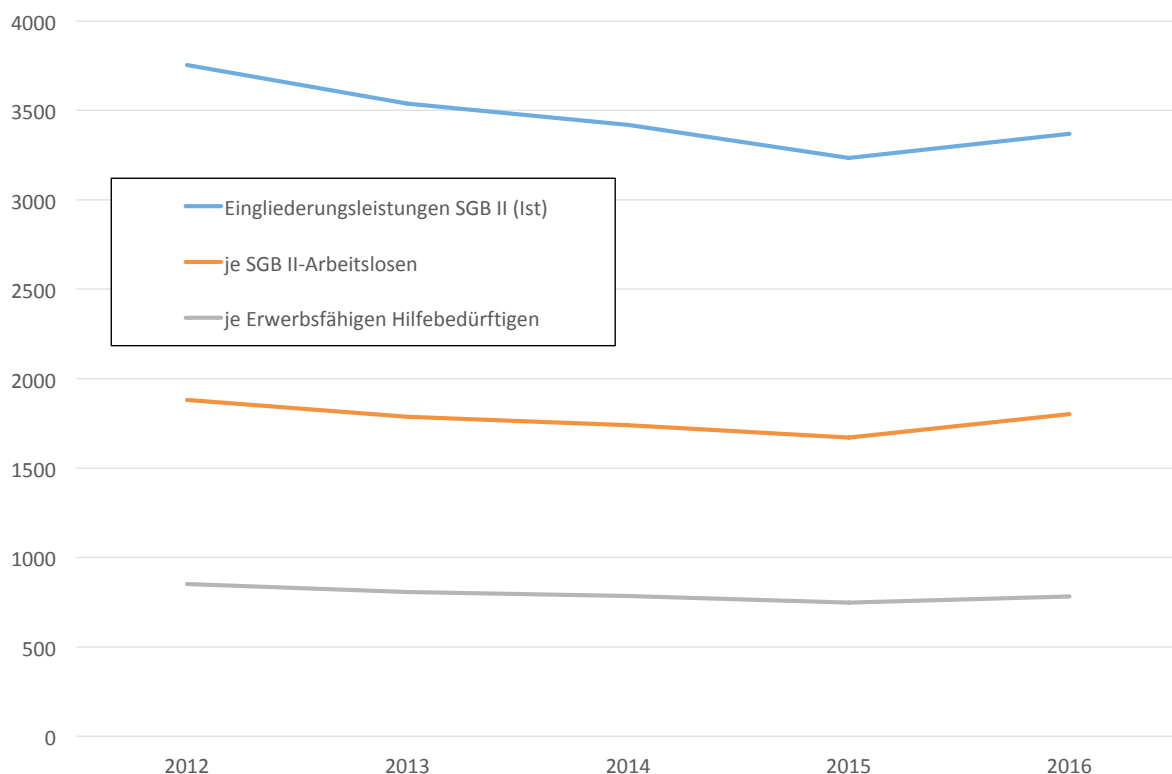
Gestaltungsoptionen

Dennoch kann das Problem kaum als gelöst angesehen werden. Plausibel erscheint zudem, dass sich die Integration der verbleibenden Langzeitarbeitslosen zunehmend schwieriger gestaltet, da angenommen werden kann, dass zunächst den leichter zu vermittelnden Personen der Sprung in eine Beschäftigung gelingt. Für die Arbeitsmarktpolitik stellen sich somit zwei wesentliche Fragen:

- Wird genug zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit getan?
- Werden die richtigen arbeitsmarktpolitischen Instrumente eingesetzt?

Die erste Frage führt zu einer Betrachtung der Finanzierung der Arbeitsmarktpolitik im Rechtskreis SGB II. In den letzten Jahren stagnierte die Ausstattung mit finanziellen Mitteln, teilweise war sie sogar rückläufig (Abbildung 2). Nominal wurden im Jahr 2016 je Arbeitslosen weniger Mittel für Eingliederungsleistungen ausgegeben

als 2012. In konstanten Preisen dürfte die damit finanzierbare Menge von Leistungen spürbar zurückgegangen sein. Zwar bleibt das gesamte Budget der Job-Center weitgehend konstant. Da aber die Verwaltungskosten unerwartet stark anstiegen, musste zuletzt immer mehr Geld aus dem Eingliederungshaushalt für die Begleichung von Verwaltungskosten umgewidmet werden. Eine solche gegenseitige Deckungsfähigkeit beider Ausgabearten ist im Grundsatz richtig, weil die Job-Center am besten selbst entscheiden können, ob sie ihre Ziele mit dem Einsatz externer Maßnahmeträger erreichen oder mit einer selbst organisierten individuellen Betreuung. Problematisch wird es indes, wenn die Umwidmungen eine strukturelle Unterfinanzierung indizieren, wofür gegenwärtig Einiges spricht.



Quelle: Bundesregierung; Bundesagentur für Arbeit; Institut der deutschen Wirtschaft

Gestaltungsoptionen



Foto: Mittweida

Die Frage nach der Auswahl geeigneter arbeitsmarktpolitischer Instrumente lenkt den Blick auf die mittlerweile recht umfangreichen Befunde der Evaluationsforschung (Card et al. 2010; Heyer et al., 2012; Kluve, 2013). Dabei ist es erforderlich, zunächst das Ziel solcher Bemühungen zu definieren. Aus einer ökonomischen Sicht stehen eher die arbeitsmarktpolitischen Ziele im Vordergrund. Die Maßnahmen sollten dazu beitragen, dass Geförderte eine höhere Chance erhalten, eine ungeforderte Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt aufzunehmen. Grundsätzlich denkbar ist es aber auch, sozialpolitische Ziele wie die gesellschaftliche Teilhabe zu priorisieren. Ganz konkret wird der Zielkonflikt von arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Zielen bei der Frage, welchen Beitrag die öffentlich geförderte

Beschäftigung leisten kann. Die Evaluierung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen als zeitweise stark genutzte Form der öffentlich geförderten Beschäftigung zeigte, dass die Effekte teilweise negativ sind. Das heißt, die Maßnahmeteilnehmer haben eine schlechtere Eingliederungschance als vergleichbare Nichtteilnehmer (Heyer et al., 2012, 53 f.; Wolff/Stephan, 2013, 15; Kluve, 2013, 24). Differenzierter fällt der Befund für die Arbeitsgelegenheiten aus. Hier sind zwar ebenfalls nichtexistente oder gar negative Effekte nachgewiesen worden. Zumindest für einige Gruppen von Teilnehmern konnten in der längeren Frist aber auch positive Effekte festgestellt werden (Wolff/Stephan, 2013, 18 f.).

Gestaltungsoptionen

In der politischen Diskussion wird eine wieder stärkere Gewichtung der öffentlich geförderten Beschäftigung eingefordert. Die Grundidee ist, Arbeitslose ohne Chance auf eine Beschäftigung am ersten Arbeitsmarkt teils sogar dauerhaft in eine geförderte Beschäftigung zu vermitteln. Dagegen sprechen mehrere Gründe. Die Evaluation hat erstens gezeigt, dass bei solchen Maßnahmen in erheblichem Maße lock-in-Effekte auftreten. Die Erfahrungen mit den Arbeitsgelegenheiten haben zweitens gezeigt, dass ein dritter Arbeitsmarkt vor allem die Arbeitslosen anzieht, die durchaus eine Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt hätten, weil sie aktiv nach einer Beschäftigungsmöglichkeit suchen. Somit könnte die Zuordnung zu einer Gruppe vermeintlich nicht vermittelbarer Arbeitsloser zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung werden. Drittens ergänzt sich das fehlgeleitete Interesse der Arbeitslosen mit einem Interesse der Fallmanager der Job-Center, problematische Fälle konfliktarm und mit geringem Aufwand in den sozialen Arbeitsmarkt abzuschieben. Viertens entsteht Konfliktpotenzial im Rahmen der föderalen Finanzverteilung. Wenn der Bund den sozialen Arbeitsmarkt finanziert

und die Kommunen von den dort produzierten Dienstleistungen profitieren, entsteht ein Anreiz, den Budgetrahmen für den sozialen Arbeitsmarkt auch dann auszuschöpfen, wenn auf individueller Ebene keine sinnvollen Zuweisungen mehr erfolgen können.

Der „soziale Arbeitsmarkt“ erscheint wie der Versuch, das Arbeitslosenproblem dadurch zu lösen, dass man die Arbeitslosen faktisch in den Staatsdienst übernimmt. Dies stellt keine nachhaltige Lösung dar, sondern eine Kapitulation. Stattdessen erscheint es sinnvoller, mit Hilfe einer besseren Betreuungssituation individuell an Eingliederungshemmnissen zu arbeiten.

Unser Autor Holger Schäfer

ist Senior Economist für Beschäftigung und Arbeitslosigkeit im Hauptstadtbüro des Instituts der deutschen Wirtschaft.

Schaefer.holger@iwkoeln.de
twitter.com/HSchaeferIW



Literatur

Card, David / Kluve, Jochen / Weber, Andrea, 2010, Active Labour Market Policy Evaluations: A Meta-Analysis, in: *Economic Journal*, Vol. 120, S. F452-F477

Heyer, Gerd / Koch, Susanne / Stephan, Gesine / Wolff, Joachim, 2012, Evaluation der aktiven Arbeitsmarktpolitik: Ein Sachstandsbericht für die Instrumentenreform 2011, in: *Journal for Labour Market Research*, Vol. 45, Nr. 1, S. 41-62
Kluve, Jochen, 2013, Aktive Arbeitsmarktpolitik: Maßnahmen, Zielsetzungen, Wirkungen, Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Arbeitspapier 07/2013

Wolff, Joachim / Stephan, Gesine, 2013, Subsidized work before and after the German Hartz reforms: design of major schemes, evaluation results and lessons learnt, in: *IZA Journal of Labor Policy*, 2:16, URL: <http://www.izajolp.com/content/2/1/16> [11.1.2018]

Transformation war schon immer ein wichtiger Teil bei Wigwam

Ihr habt WIGWAM 2009 als Social-Media-Beratung für NGOs gestartet, inzwischen ist WIGWAM selbst ein transformatives Projekt, denn seit vorletztem Jahr ist die Agentur als Genossenschaft eingetragen. Warum habt Ihr euch entschlossen eure Geschäftsform zu ändern?

Max Beckmann: Eigentlich war Transformation schon immer ein wichtiger Teil im Wigwam. Damit waren wir aber oft viel dynamischer als es die Struktur einer GmbH eigentlich vorsieht. Von Anfang war es gelebte Unternehmenskultur, das ganze Team mit einzubeziehen. So wurden zum Beispiel für das Unternehmen wegweisende Fragen im Team diskutiert und entschieden – etwa, welche Projekte wir annehmen und welche vielleicht auch nicht – und Zuständigkeiten auf dezentrale, selbstorganisierte „Kreise“ verteilt. Das wirtschaftliche Risiko und die rechtliche Verant-

gemeinsame Verantwortung, gemeinsames Arbeiten

wortung lag dabei aber immer bei der Geschäftsführung.

Als dann zwei der drei Geschäftsführenden Ende 2015 ankündigten, sich aus persönlichen Gründen zurückzuziehen, und der Dritte sich für ei-

Max Beckmann ist Projektmanager, Konzepter und Genossenschaftsmitglied bei Wigwam. Die Berliner Kommunikationsagentur ist fokussiert auf Strategien und Kampagnen für Zivilgesellschaft und Politik.

nige Monate in Elternzeit verabschiedete, stand das Wigwam plötzlich „oben ohne“ da. Nach dem ersten Schock war dann aber auch klar, dass in diesem Umbruch auch eine große Chance steckte. Und so begaben wir uns auf die Suche nach einer Gesellschaftsform, die unsere gelebte Kultur auch strukturell, also finanziell und rechtlich, am besten widerspiegelt.

In der genaueren Auseinandersetzung mit den verschiedenen Optionen war dann ziemlich schnell klar, dass das eigentlich nur die Genossenschaft leisten konnte. Die Vorteile gegenüber der alten GmbH lagen für uns auf der Hand: demokratische Mitbestimmung, gemeinsame Verantwortung, geteiltes Risiko und viel Raum für die Gestaltung unseres gemeinsamen Arbeitens.



Foto: Wigwam

Warum habt ihr euch nach einer Umwandlung in eine Genossenschaft dazu entschlossen, euch neu mit dem Thema Gehälter auseinanderzusetzen?

Max Beckmann: Mit dem Wandel hin zur Genossenschaft waren wir alle plötzlich auch Arbeitgeber*innen und -nehmer*innen gleichzeitig. Die logische Konsequenz war für uns, dass wenn wir schon gemeinsam wirtschaften und damit auch die wichtigsten Entscheidungen gemeinsam tref

fen und finanziell die gemeinsame Verantwortung tragen, dann muss auf jeden Fall auch die volle Transparenz her, was unsere Finanzen und die Vergütung angeht. Das erschien uns nur gerecht zu sein.

bag arbeit trifft

Über Geld wird oft wenig gesprochen. Warum fällt uns die Auseinandersetzung mit dem Thema so schwer?

Max Beckmann: Im Grunde geht es dabei ja um etwas ganz Grundsätzliches, nämlich um Gerechtigkeit. Und da geht es ja schon los: Was heißt denn eigentlich „gerecht“, wenn es um Gehälter geht? Wenn alle das Gleiche verdienen? Oder wenn diejenigen am meisten bekommen, die am meisten im wirtschaftlichen Sinne leisten? Und was ist mit anderen Aspekten wie zum Beispiel Berufserfahrung, Studienabschlüssen, Ausbildung oder einfach auch dem persönlichen Lebensstil? Ist es gerecht, wenn zwar die Kinder mit eingerechnet werden, aber jemand Alleinstehendes sich mehr für Reisen oder Autos interessiert? Nach welchen Kriterien entscheidet man, was „mehr Wert“ hat?

Man macht sich in solchen Diskussionen zu einem gewissen Grad nackig, was die eigenen Bedürfnisse angeht. Das ist nicht immer angenehm. Auch wir haben da im Team lange und intensiv diskutiert und natürlich nicht die eine ultimative Antwort darauf gefunden, nach der wir alle gesucht haben. Am Ende haben wir die Diskussion vor allem auf die Frage heruntergebrochen, ob man selbst mit seinem Gehalt für sich zufrieden ist. Dieser intensive Blick auf sich selbst, seinen Bedarf und seine persönlichen Wünsche, ohne sich dabei mit anderen zu vergleichen, der war wichtig – aber natürlich auch nicht einfach.

Wie ist euer aktuelles Gehaltsmodell aufgebaut?

Max Beckmann: Wir haben nun ein Wunschgehaltsmodell, in dem jedes Teammitglied für alle transparent seine ganz persönliche Wunschgehaltssumme festlegt. Die Grundlage ist also genau dieser Blick auf sich selbst: Mit welcher Summe wäre ich in Anbetracht meiner Lebensumstände, Arbeits- und Lebenserfahrung sowie aktueller und zukünftiger Wünsche zufrieden? Unsere Doppelrollen als Arbeitnehmer und -geber haben wir dabei natürlich im Blick. Da die Gesamtsumme aller Gehälter zurzeit noch über dem liegt, was wirtschaftlich möglich ist, haben wir drei Zwischenstufen errechnet, die dann je nach wirtschaftlicher Lage des Unternehmens erklommen werden. Seit dem Start haben wir



Nach welchen Kriterien entscheidet man, was „mehr Wert“ hat?



Foto: Wigwam

so bereits die zweite Zwischenstufe erreicht. Wir sind also noch zwei Stufen von unserem jeweiligen Wunschgehalt entfernt. Einmal im Jahr überprüft jeder für sich, ob sein Wunschgehalt noch aktuell ist oder angepasst werden soll.

Wer übrigens glaubt, einige würden dabei ordentlich auf den Putz hauen, der irrt sich: Der größte Unterschied zwischen den Bruttogehältern liegt bei 46 Prozent. Und ganz wichtig auch: Die Frauen im Team verdienen nach dem Modell im Schnitt genauso viel wie die Männer.

bag arbeit trifft



Foto: Wigwam

Funktioniert das Modell zu euer Zufriedenheit oder gibt es noch Stolpersteine?

Max Beckmann: Wir sind sehr froh, dass wir dieses transparente Modell nach einem großen Kraftakt am Ende wirklich ausformulieren konnten und uns dabei besser kennengelernt haben. Ob genau dieses Modell für uns funktioniert oder ob wir es doch noch mal nachjustieren und zum Beispiel neben dieser reinen Selbsteinschätzung noch eine Fremdeinschätzung durch andere Team-Mitglieder ergänzen, wird sich noch zeigen. Wir haben jetzt schon ein besseres Gefühl dafür, was Geld für uns bedeutet. Wir lernen, was es heißt, gemeinsam zu wirtschaften und es gemeinsam auszugeben, für unsere Gehälter oder durch andere Investitionen. Sicher gibt es noch

einige Baustellen. Manche im Team äußern ihre Wünsche selbstbewusster als andere, manchen dauert der Weg zum Wunschgehalt zu lange – wir sind ja noch nicht da. Das Modell ist daher sicher nicht perfekt. Für uns ist es aber das beste Modell, das wir je hatten.

Goldnetz

Ausbildung zum FachCoach für Bildung, Beruf und Integration – die Verbindung von Systemischen Coaching und Fachberatung

Wie sieht zeitgemäßes Coaching inmitten eines rasanten Arbeitsmarktes und der sich ständig verringernenden Halbwertszeit von Berufsbildern aus? Wie können wir Menschen mit ihren Fähigkeiten und Potentialen in dieser dynamischen Atmosphäre erfolgreich verankern?

Ganzheitliche Praxisqualifizierung

Mit der Ausbildung zum FachCoach für Bildung, Beruf und Integration verschränkt Goldnetz auf innovative Weise fachliches Expertenwissen mit methodisch-systemischer Prozessmoderation, um im Coachingprozess die Anforderungen von Markt und Coachees nachhaltig zu verbinden.

Was heißt das konkret?

In der Ausbildung lernen die Teilnehmenden nicht nur, wie sie die Selbstreflexion ihrer Coachees

anregen und sie bei der Lösungsfindung für ihre karrierespezifischen Fragestellungen unterstützen können (Coaching). Sie erarbeiten sich außerdem ein Expertenwissen zu den aktuellen Entwicklungen auf dem Arbeits- und Bildungsmarkt. Ziel ist es, Wissenslücken der Coachees zu schließen, sie effektiv beruflich zu orientieren und zu beraten (Fachberatung).



Foto: Goldnetz

Vor Ort

Goldnetz e. V. Bildung und Coaching für Berlin

Ziele

Goldnetz ist mit mehr als 25 Jahren Erfahrung in Beratung, Coaching und Qualifizierung eine feste Größe in der Berliner Bildungslandschaft. Menschen bei der Entwicklung ihrer beruflichen Perspektive zu unterstützen und Wege (zurück) in das Erwerbsleben zu ebnen, ist unsere Profession und Leidenschaft.

Kompetenzen

Auf die aktuellen Entwicklungen auf den Arbeits- und Bildungsmärkten reagieren wir mit innovativen Projekten, die wir bedarfsgerecht und zielgruppenspezifisch gestalten. Wir agieren an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft, Arbeitsagenturen/Jobcentern sowie Politik und Verwaltung. Unsere langjährigen Netzwerke leben von der erfolgreichen Kooperation mit Akteuren aus den unterschiedlichsten Branchen.

Maßnahmen

Goldnetz bietet zielgruppenspezifische Einzel- und Gruppencoachings, Beratung, Beschäftigungsprojekte und Weiterbildungen für arbeitssuchende Menschen sowie Sprachkurse für Geflüchtete und Migrant/innen. Ein besonderer Fokus liegt auf innovativen Projekten zur zielgruppenspezifischen Erwerbsförderung und Existenzsicherung von Frauen.

Zertifizierung

Zertifiziert nach AZAV über GutCert und LQW – künftig nach ISO 9001

www.goldnetz-berlin.de



Foto: Goldnetz



Goldnetz
Bildung & Coaching für Berlin



Vor Ort

Goldnetz gGmbH ist Expertin in der 360-Grad-Begleitung, die einen Überblick über verschiedene Branchen, Weiterbildungs- und Integrationsmöglichkeiten beinhaltet und die Coachees als ganzen Menschen begleitet und stärkt. Dieser Ansatz, der neben methodischen Kompetenzen zusätzlich wertvolles Erfahrungswissen aus jahrzehntelanger professioneller Arbeit mit Erwerbslosen weitergibt, ist einzigartig in der Berliner Bildungslandschaft.

Damit eröffnet die Ausbildung zum FachCoach einen ganzheitlichen, praxisorientierten Weg der professionellen Begleitung und damit spannende Perspektiven für angehende und etablierte Coaches.

329 Unterrichtseinheiten – 3 Formate

Goldnetz gGmbH richtet sich nach dem Bedarf der Teilnehmenden und bietet 3 Formate an:

1. Vollzeit von Montag bis Freitag
2. Berufsbegleitend mit Abend- und Wochenendterminen
3. Einzelmodule für ausgebildete Systemische Coaches mit Fokus auf die Fachberatung bzw. Einzelmodule für Privatpersonen, Vereine oder Unternehmen



Unsere Autorin Stefanie Turba

ist Ansprechpartnerin und Projektleitung der FachCoach-Ausbildung bei Goldnetz gGmbH

fachcoach@goldnetz-berlin.de

PIA-Stadtdienste



Gemeinsam aktiv für Mensch und Stadt

Wie wir wurden, wer wir sind

Vor 20 Jahren gründete der damalige Vorstand der Kreisgruppe Mülheim an der Ruhr des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes die Paritätische Initiative für Arbeit e.V. (PIA). Heute findet die Arbeit unter dem Dach der PIA-Stiftung für integrierte Stadtentwicklung in den Gesellschaften PIA-Stadtdienste gGmbH und PIA-Dienstleistungszentrum Arbeit gGmbH statt. Der Paritätische in Mülheim will sich aktiv an der Integrationsarbeit für langzeitarbeitslose Menschen beteiligen. Hierbei soll das Individuelle und das Ansetzen bei den Stärken des Menschen im Mittelpunkt stehen. Durch Projekte in der aktiven Stadtentwicklung sollen die Menschen in

der Mitte der Gesellschaft teilhaben können an der Gestaltung der Zukunft ihrer Stadt.

Handlungsschwerpunkte sind insbesondere die Sektoren Dienstleistung und Service in einer nachhaltigen Stadtgesellschaft. Dieser Bereich war in der Beschäftigungsförderung noch neu und unerschlossen.

Keimzelle des Projektes waren die Fahrradstationen an den Mülheimer Bahnhöfen und 12 Stellen aus dem örtlichen Programm Arbeit statt Sozialhilfe.



Foto: PIA

Vor Ort

Soziale Personalentwicklung, betrieblich organisiert

Grundlegend unterscheiden sich die PIA-Stadtdienste durch die konsequente Abkehr von der Maßnahmewirtschaft in der Beschäftigungsförderung. Arbeit findet betrieblich organisiert an einem Markt statt. Der jeweilige Auftrag, der Kunde, das Produkt in den Dienstleistungsbetrieben, sind handlungsleitend. Hier entstehen die täglichen Aufgabenfelder, hier erhält der Projektmitarbeiter seine Resonanz im Lernprozess.

Menschen sind bei den Stadtdiensten keine Teilnehmer, sondern Projektmitarbeiter.

Viele kleine Dienstleistungsprojekte bieten unterschiedlichste Aufgaben und Herausforderungen. Hier kann jeder die Arbeit finden, die für ihn zu schaffen ist und eine Herausforderung darstellt. Neues Lernen und Gelerntes anwenden findet in der täglichen Praxis statt, ganz individuell, jeder in seinem Tempo und mit seinem individuellen Ziel. Hier kann jeder nach seinen Möglichkeiten Verantwortung übernehmen, sich in Teams einbringen und findet Motivation durch Identifikation.



Fotos: PIA



Foto: PIA

Gemeinnütziger sozialer Wirtschaftsbetrieb

Heute sind die PIA-Stadtdienste ein sozialer Wirtschaftsbetrieb mit 203 geförderten und nicht geförderten sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten und 67 ProjektmitarbeiterInnen über Arbeitsgelegenheiten. Fast 100% der MitarbeiterInnen kommen aus der Sozialhilfe oder dem SGBII Bezug. So wurde der ganze Betrieb bis in die Leitung, Administration und

Geschäftsführung aus der Beschäftigungsförderung geschaffen und ist so eine eindrucksvolle Demonstration der Leistungsfähigkeit und -bereitschaft arbeitsloser Menschen. Immer wieder scheiden MitarbeiterInnen aus und finden eine Perspektive im allgemeinen Arbeitsmarkt.

Unser Autor Frank Schellberg

ist Diplom Sozialpädagoge, Vorstand der PIA-Stiftung und seit 29 Jahre aktiv in der Beschäftigungsförderung.



PIA-Stadtdienste

Mobilitätsdienste

Die PIA-Stadtdienste entwickeln und betreiben Mobilitätsdienste und schaffen hierdurch Angebote und Hilfen, die heute noch nicht wirtschaftlich darstellbar sind. Fahrradstationen an Bahnhöfen in Mülheim, Duisburg und Bottrop bieten sicheres Parken für Fahrräder und viele weitere Angebote rund um die Fahrradmobilität. Ergänzt wird das Angebot durch die Fahrradvermietung RevierRad, die Fahrradvermietung und viele ergänzende Services für Radtouristen im Ruhrgebiet und bis ins Sauerland. Für öffentliche Fahrradverleihsysteme übernehmen die Stadtdienste den Service. Der Heimlieferdienst Shop and Go bietet sämtliche Liefer- und Kurierdienste, Kleintransporte und einen Einkaufsservice.

Freizeitdienste und Gastronomie

Die PIA-Stadtdienste betreiben das Restaurant „Leineweber“ in der Mülheimer Innenstadt. An öffentlichen Plätzen mit hoher Freizeitnutzung betreiben die Stadtdienste Freizeitstationen, kleine Kioske zur Versorgung, z.T. in Verbindung mit öffentlichen Toiletten. Zusätzlich zu mehr Komfort für die Bürger verbindet sich hiermit eine soziale Kontrolle.

Im Sommer betreibt PIA das lokale Naturschwimmbad. Seit Kurzem entwickeln wir auch einen kleinen Nachbarschaftsgarten.

Flüchtlingsbegleitung

Die Stadtdienste bieten an zehn Mülheimer Flüchtlingsunterkünften einen 24/7 Dienst zur Präsenz und sozialen Kontrolle.

Für Flüchtlinge in individuellen Wohnungen und zur Unterstützung bei Erledigungen gibt es ein Team von 16 Wohnbegleitern. Zwei Kräfte unterstützen hier auch die individuelle Wohnungssuche.

Sonstige Dienste

Die Stadtdienste bieten darüber hinaus noch Hilfen im städtischen Alltag z.B. Toilettenbetreuung, Alltagsassistenz, kleine Hausmeisterdienste.

<http://www.pia-stiftung.de>



Foto: PIA



Individuelle Integrationsleistungen vs. sozialer Arbeitsmarkt

Im Kontext der aktuellen Diskussion tun wir uns auf dem Hintergrund unserer Erfahrungen schwer mit dem Begriff „sozialer Arbeitsmarkt“. Für uns ist die hier definierte Gruppe nicht vermittelbarer Menschen ein Zuviel an Schublade und Abstellgleis. In der Diskussion scheinen sich die Eigeninteressen der Träger mit der Hilflosigkeit der Vermittler zu treffen. Was wir brauchen, sind individuelle Förderungen und Instrumente, um jeden Einzelnen schrittweise zu integrieren. Leistungsdefizite und Aufwand zur Anleitung und Qualifizierung sind zu unterstützen. Dann gilt es aber auch, von jedem die Anstrengung zur Integration in den Arbeitsmarkt zu fordern.

Veranstaltungstipps

Alle Seminare, Workshops & Tagungen auf einen Blick

02. Juli 2018 Hannover	Sozialversicherung 2018 - Aktuelles, Änderungen und Update im Sozialversicherungsrecht
04./05. Juli 2018 Berlin	Kompetenzorientierte Beratung – Grundlagen
09./10. Juli 2018 Hannover	Fachlich versiert, sozial kompetent: Stärkung der sozialen und kommunikativen Kompetenzen
10./11. Juli 2018 Hannover	Wie schütze ich Mitarbeiter/-innen vor Mobbing?
16. Juli 2018 Berlin	Möglichkeiten und Grenzen der Integration von Geflüchteten
23./24. Juli 2018 Würzburg	Seminar für Datenschutzbeauftragte
06./07. Sept. 2018 Frankfurt am Main	Aufschieben und immer wieder neue Ausreden finden? Nein, danke! Den eigenen Weg finden mit Selbstmotivation und Selbstmanagement
13./14. September 2018 Berlin	360° - Konfliktmanagement - Konflikte klären und bewältigen
18. Sep 2018 Hannover	SGB IX
19. September 2018 Würzburg	Gemeinnützigkeitsrecht
20./21. September 2018 Berlin	Zuwendungsrecht und Abrechnungswesen - Professionell und prüfungssicher mit Fördermitteln umgehen
24./25. September 2018 Köln	Akquise und Antragstellung von Fördermitteln für gemeinnützige Aktivitäten in der Praxis
27. September 2018 Frankfurt am Main	Wie komme ich zu einer gelingenden Zielvereinbarung?

Veranstaltungstipps

01./02. Oktober 2018
Würzburg

Projektmanagement Grundlagen - Prinzipien und Methoden für die Praxis

10. Oktober 2018
Kassel

Im Fadenkreuz der Betriebsprüfer der Deutschen Rentenversicherung

15. Oktober 2018
Würzburg

Arbeiten mit Förderplänen

16. Oktober 2018
Würzburg

Änderung von Geschäftsmodellen

16. Oktober 2018
Berlin

Vergaberecht in der Praxis: Fallstricke und Praxistipps für die Vergabe von Arbeitsmarktdienstleistungen

22. Oktober 2018
Berlin

Recycling und Sammlung von Elektro(nik)altgeräten

06./07. November 2018
Eisenach

Seminar für Datenschutzbeauftragte

19. November 2018
Frankfurt am Main

Aktuelle Entwicklungen im SGB II

20. November 2018
Frankfurt am Main

Rechtsvereinfachung § 16h SGB II - Förderung schwer zu erreichender junger Menschen

21./22. November 2018
Hannover

AZAV-Maßnahmezulassung

27. November 2018
Würzburg

Fördermittel für gemeinnützige Projekte - Wo und wie Sie öffentliche und private Zuschüsse gezielt einwerben können

06./07. Dezember 2018
Nürnberg

Jetzt rede ich - beim freien Reden und im persönlichen Auftreten überzeugen

weitere Informationen zu allen Veranstaltungen finden Sie auf:
www.bagarbeit.org/site/veranstaltungen

Nachgefragt

Nachgefragt bei Bernd Dondrup, Referent/Dozent für Sozialversicherungsrecht. Er ist seit mehr als 45 Jahren im Sozialversicherungsrecht tätig und als ehemaliger Vorstand einer Krankenkasse ein ausgesprochener Experte in diesem Bereich.

Was machen Sie eigentlich sonst so?

Name:
Bernd Dondrup

Größe:
186 cm

Sternzeichen:
Wassermann



Warum gerade Nachqualifizierung Dozent?

Meinen Beruf habe ich schon immer mit „Herzblut“ ausgeübt. Gerne gebe ich mein Wissen und meine Erfahrungen an interessierte Menschen weiter.

Sind Sie Frühaufsteher?

Grundsätzlich ja, denn wer spät aufsteht verpasst eins der größten Ereignisse der Natur, voller Farbenpracht, jeden Tag – die aufgehende Sonne.

Wenn Sie mal kochen, dann...

...koche ich leidenschaftlich gerne: Schweinefilet in einer Knusperpanade, frittiertes Spargel und Rosmarinkartoffeln.

Wie sieht ein für Sie typisches Mittagessen aus?

Ich bin beruflich viel unterwegs, deshalb gibt es leider kein „typisches“ Mittagessen.

Welche Vorurteile Ihres Berufs bestätigen Sie?

Keine, da ich Vorurteile grundsätzlich nicht bestätigen möchte.

Was geht gar nicht?

Fremdenhass und Gewalt.

Ihre letzte Reise ging nach...

...Berchtesgaden. Ich finde die Gegend und das Panorama der Alpen fantastisch.

Als Kind dachte ich...

...man lernt für die Schule.

Heute weiß ich...

...man lernt fürs Leben.

Worauf könnten Sie niemals verzichten?

Auf meine Familie und gute – auch lebhaft – Diskussionen.

Wo würden sie sonst gerne leben/arbeiten?

Meine überwiegende Zeit habe ich bisher im „Ruhrpott“ verbracht und lebe auch gerne hier. München könnte ich mir für mich gut vorstellen, da ich die Lebensart hier mag. Einen absoluten Ruhepol mitten in der Stadt findet man im Englischen Garten, eine der größten Grünflächen innerhalb eines Stadtgebiets weltweit.

Elbphilharmonie vs. Flughafen Berlin Brandenburg. Wo wird man Sie eher antreffen?

Bei dieser Auswahl würde ich mich für die Elbphilharmonie entscheiden. Sehr schöne Gestaltung der Außenfassade und man erkennt einzelne Details. In der Elbphilharmonie befindet sich die längste Rolltreppe Europas und die ist sehr schön.



Abonnement – forum arbeit

Antwort – Fax

030 / 28 30 58 20

forum arbeit erscheint viermal im Jahr. Sie finden in der Verbandszeitschrift aktuelle Artikel, Interviews und Berichte sowie einen umfangreichen Serviceteil mit Terminen, Adressen und Literaturtipps rund um das Thema Beschäftigungsförderung.

Der Preis des Jahresabonnements beträgt zurzeit Euro 20,00 (zzgl. Versand und ggf. 7% MwSt.).



- ☐ Ich/ wir möchte/ n forum arbeit abonnieren und bitte/ n um Zusendung mit Rechnung an folgende Anschrift:

Name und Anschrift des Unternehmens:

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bitte faxen (030- 283 058 20) Sie uns das ausgefüllte Formular zurück, senden uns das Formular per Email (info@bagarbeit.de) oder per Post an die bag arbeit, Brunnenstr.181, D-10119 Berlin.

Herausgeber:
bag arbeit e.V.
Brunnenstraße 181
D-10119 Berlin
Telefon: 030 / 28 30 58-0
Telefax: 030 / 28 30 58-20
E-Mail: arbeit@bagarbeit.de
www.bagarbeit.de

© bag arbeit e.V. (Hrsg.), 2018
Verantwortlich: Dr. Judith Aust
Redaktion: Alina Simon
Gestaltung und Satz:
Julia Baumgart Photography & Graphic Design

Bildnachweis (Titel):
Werkhof Regensburg, PIA, Julia Baumgart